

PRESSEMITTEILUNG
DieFrankfurter
27.2.25

Braucht es ein Haus der Demokratie?

Ja, in der heutigen Zeit, in der rechte Schwingungen und rechte Parteien in Prozentzahlen rutschen, die wir nicht für möglich gehalten hätten, ist die Demokratie wichtiger denn je. Ein Haus der Demokratie, als Zeichen unserer demokratischen Gesellschaft und Kultur, ist in Frankfurt, dem Ort der ersten demokratischen Versammlung 1848, wichtiger denn je.

DieFrankfurter sind der Meinung, dass wir mit der Paulskirche bereits „DAS“ Haus der Demokratie haben. Das Sinnbild der Demokratie seit 1848 steht für sich. Die Sanierung ist längst überfällig und muss in die Pläne mit einbezogen werden.

Ein zusätzliches Gebäude für Ausstellungen, Versammlungen und Symposien im Umfeld der Paulskirche steht nun zur Diskussion. Was DieFrankfurter absolut ablehnen ist die Bebauung des Paulsplatzes. Der Paulsplatz, als Ort von Versammlungen und Festen, darf nicht angetastet werden. Im Gespräch sind inkl. der Sanierung 150 Millionen angesetzt. Es werden mindestens 200 Millionen, davon kann man ausgehen.

Anstatt ein neues Gebäude für 100 Millionen zu errichten schlagen DieFrankfurer vor, die Bestandsgebäude in die Planungen mit einzubinden. Die Kämmerei in direkter Nachbarschaft bietet sich dazu hervorragend an. In diesem Zusammenhang kann gleich das Dach der Kämmerei, wie schon lange geplant, vom Provisorium zum ehemaligen Aufbau rekonstruiert werden. Zusammen mit dem Langen Franz ein Abschluss der Altstadtrekonstruktion.
Die Braubachstraße und die Bethmannstraße müssen zur Fußgängerzone umgewandelt werden. Nur die Straßenbahn wird dann diese Straße befahren. Ein „Pfad der Demokratie“ mit Stelen und Bildern der ersten Versammlung von 1848 vom Römerberg bis zur Kämmerei bereitet die Besucher auf das Haus der Demokratie vor. Denn diesen Weg legten die Abgeordneten 1848 vom Kaisersaal bis zur Paulskirche zurück.

Das Ganze würde nicht nur Millionen einsparen, sondern auch die Bestandsgebäude im Umfeld der Paulskirche aufwerten. Und um dem Begriff Demokratie gerecht zu werden müssen die Frankfurter Bürger mit einbezogen werden. Denn was in Frankfurt geschieht, bestimmt nicht Berlin.